

Wirtschaftliche Bildung trägt zur Teilhabe junger Menschen bei

BDA-Position zum Fachgespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestags „Faktoren, die über Bildungs- und Entwicklungschancen entscheiden können: Wirtschaftliche/finanzielle Bildung“

12. Juni 2024

Zusammenfassung

Wirtschaftliche Bildung muss heute Teil der Allgemeinbildung sein und zum Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schulen gehören. Wirtschaft geht alle an – von den Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten über das Angebot an Waren und Dienstleistungen und den Erwerb von Einkommen und Vermögen bis hin zu Wohlstand, Fortschritt und sozialer Sicherheit.

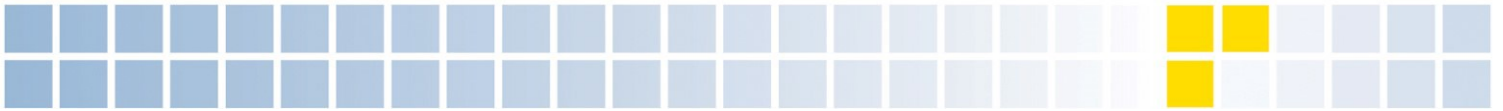
Ökonomische Bildung sollte daher verbindlich, systematisch und praxisnah in der schulischen Bildung verankert werden. Dazu sind ein aufeinander aufbauendes Curriculum mit Bildungsstandards und eine hochwertige Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte notwendig. Insbesondere sollte das Modell der Sozialen Marktwirtschaft vermittelt und dabei die Rolle der Unternehmen wie der Sozial- und Tarifpartnerschaft verdeutlicht werden.

Wirtschaftliche Bildung betrifft die existenziellen Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben und die Chancen jedes jungen Menschen. Zumal Jugendliche mit ungünstigen Startbedingungen profitieren von der Vermittlung ökonomischer Kompetenzen in der Schule. Das belegt die Evaluation des Fachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ in Baden-Württemberg.

Der Unterricht sollte praxisnah gestaltet sein und die Chancen zur Kooperation mit Betrieben aktiv nutzen. Dabei unterstützt das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT die Zusammenarbeit.

Die Berufliche Orientierung sollte durch wirtschaftliche Bildung ergänzt werden. Sie hat in den letzten Jahren als Aufgabe der Schule nochmals an Bedeutung gewonnen. Die jungen Menschen sollen sich selbst orientieren und den weiteren Weg in der Arbeits- und Berufswelt gestalten können. Schülerfirmen wecken darüber hinaus das eigene unternehmerische Denken der Jugendlichen und machen Unternehmertum als berufliche Option sichtbar.

Für den Ausbau der ökonomischen Bildung ist zudem wichtig, dass sie aktuelle Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und Toleranz, Nachhaltigkeit und Klimaschutz aufgreift und in den wirtschaftlichen Kontext stellt – Themen, die junge Menschen sehr betreffen.



Im Einzelnen

Ökonomische Bildung ausbauen, Teilhabe und Mitwirkung stärken

Wirtschaftliche Bildung muss im Bildungssystem eine größere Rolle spielen. Junge Menschen brauchen Kompetenzen, die sie befähigen, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen und Wirtschaft und Gesellschaft aktiv mitzugestalten.

Ziel ist es, selbstbewusst und mündig, mit Sachkenntnis und Urteilskraft zu entscheiden und zu handeln. Die jungen Menschen werden gefragt sein – schon jetzt als Kunde und Konsumentin, bald als Arbeitnehmer oder auch Arbeitgeberin, als Versicherte und Vorsorgende. Sie werden Bürgerinnen und Bürger, die bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen mitbestimmen. Sie brauchen deshalb ein fundiertes Fachwissen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse und Zusammenhänge.

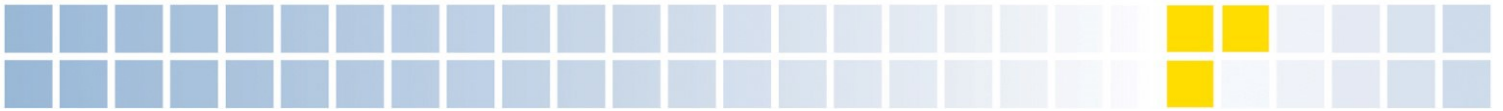
Diesen Bedarf sehen auch junge Menschen: Die [Jugendstudie des Bankenverbandes](#) befragt regelmäßig junge Erwachsene zwischen 14 und 24 Jahren zum Thema. Zwei Drittel der Befragten gaben zuletzt an, nur wenig über Wirtschaft und Finanzen gelernt zu haben, drei Viertel plädieren für einen höheren Stellenwert der Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge in der Schule. Über drei Viertel fordern ein eigenes Unterrichtsfach Wirtschaft. Thematischen Bedarf sehen sie beim Umgang mit Geld, der Altersvorsorge und dem Wirtschaftssystem.

Ökonomische Bildung muss Verbraucherbildung ausdrücklich einschließen und das Urteilsvermögen im Markt stärken. Ökonomische Grundkenntnisse sind für viele einzelne Entscheidungen im Alltag relevant: Dies betrifft vor allem finanzielle Angelegenheiten der privaten Haushalte und den Umgang mit Lebensrisiken. So werden z.B. Produkte zur Vermögensbildung und Altersvorsorge angeboten, aber was sie genau beinhalten, bleibt oftmals unklar. Geringe Kenntnisse in diesem Bereich können dazu führen, dass zu wenig private Altersvorsorge betrieben wird oder das Risiko einer Verschuldung steigt. Dies kann höhere Altersarmut mit Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft und Gesellschaft mit sich bringen.

Ökonomische Bildung verbindlich in der Schule verankern

Ökonomische Bildung sollte stärker als bisher systematisch durch die Bundesländer in der schulischen Bildung verankert werden. Dies kann am besten durch ein Schulfach umgesetzt werden, alternativ auch durch ein fachübergreifendes Curriculum. Wichtig sind in jedem Fall ein verbindlicher Stundenumfang, ein aufeinander aufbauender Lehrplan, geltende Bildungsstandards und entsprechende Prüfungsformate sowie eine hochwertige Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

Wirtschaftliche Bildung stellt sich zurzeit in den Schulsystemen der Länder sehr unterschiedlich dar. Es dominieren Fächerverbünde, in denen die ökonomische Bildung lediglich einen Teilbereich darstellt. Hervorzuheben sind Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg: In NRW hat die letzte Landesregierung 2020/21 das Pflichtfach Wirtschaft/Politik eingeführt. Baden-Württemberg hat seit 2016/2017 das Fach Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung umgesetzt. Die erste [Evaluation](#) zeigte signifikante Unterschiede zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Fach Wirtschaft. Vom Fach profitieren dabei in den Schulformen der Sekundarstufe 1 vor allem sozioökonomisch benachteiligte Jugendliche.



Rolle der Unternehmen und der Sozial- bzw. Tarifpartnerschaft vermitteln

Ökonomische Bildung muss ein Verständnis für das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und für die Rolle der Unternehmen vermitteln. Ohne ihre Leistung und ihren Erfolg am Markt sind Wohlstand, Fortschritt und soziale Sicherheit nicht möglich. Die unverzichtbare Funktion der Betriebe sollte im Unterricht sichtbar werden – weil Unternehmen in der Tat diese Relevanz für die gesamte Gesellschaft haben.

Dabei muss insbesondere die tragende Rolle der Sozialpartnerschaft und Tarifpartnerschaft in der Sozialen Marktwirtschaft verdeutlicht werden. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften nehmen diese Verantwortung gemeinsam wahr. Die Tarifautonomie ist im Grundgesetz verankert und daher besonders wertzuschätzen. Insbesondere in Krisenzeiten haben sich Sozial- und Tarifpartnerschaft immer wieder bewährt.

Berufliche Orientierung mit ökonomischer Bildung ergänzen

Berufliche Orientierung sollte durch den Wirtschaftsunterricht in den größeren Zusammenhang der wirtschaftlichen Entwicklung eingeordnet werden. Besonders die Berufsorientierung braucht eine praxisnahe Ausrichtung. Für Kooperationen von Schulen und Unternehmen steht das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT. Schülerbetriebspraktika, auch Lehrerbetriebspraktika [Unternehmenspraktika für Lehrkräfte](#) sind hierbei elementarer Bestandteil.

Das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT wird auf Bundesebene getragen von BDA und Institut der deutschen Wirtschaft Köln, in den Ländern von Arbeitgeberverbänden und ihren Bildungswerken in Partnerschaft mit Ministerien. Vor Ort ist viel ehrenamtliches Engagement dabei. SCHULEWIRTSCHAFT ist auf ethische Standards verpflichtet („Beutelsbacher Konsens“). Der jährliche SCHULEWIRTSCHAFT-Preis zeichnet Schulbücher und Medien aus, die Jugendlichen anschaulich und zeitgemäß ökonomische Inhalte vermitteln.

Unternehmergeist wecken

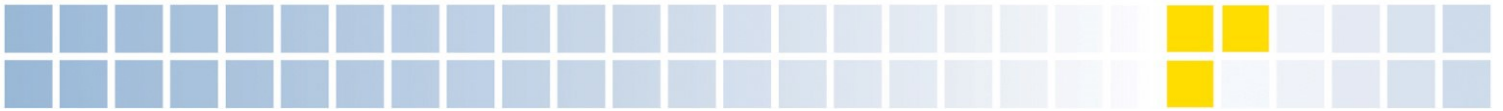
Junge Menschen sollten unternehmerisches Handeln als Option für sich selbst erfahren und erleben können. Dafür sind Schülerfirmen besonders geeignet. Sie wecken das Interesse am allgemeinen Wirtschaftsgeschehen und machen Selbstständigkeit und Unternehmertum als berufliche Wege für die eigene Zukunft sichtbar. Im Programm [IW JUNIOR](#) gründen Schülerinnen und Schüler ihre eigene Schülerfirma, vertreiben ihre Produkte an Kundschaft und verdienen damit echtes Geld. Sie schnuppern in die Realität von Unternehmerinnen und Unternehmern hinein, indem sie es selbst ausprobieren.

Geschlechtergerechtigkeit stärken

Wirtschaftliche und zumal finanzielle Bildung sollte geschlechtersensibler gestaltet sein. Gerade Mädchen und Frauen zeigen oft weniger Finanzwissen und Vorsorgebewusstsein, dabei ist ihre eigenständige Alterssicherung sehr wichtig. Diese wird am besten durch eine kontinuierliche Erwerbsarbeit gewährleistet und nicht durch das Alleinverdiener- und Versorgermodell. Auch die Berufsorientierung braucht mehr Klischeefreiheit: Insbesondere der MINT-Bereich sollte für junge Frauen als berufliche Option deutlicher werden, in dem sie bisher unterrepräsentiert sind.

Mit Ökonomischer Bildung Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt fördern

Wirtschaftsunterricht sollte auch die Bedeutung des internationalen Austauschs aufzeigen, insbesondere im Wirtschaftsraum der Europäischen Union, aber auch weltweit. Damit kann er



Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt vermitteln. Ein wichtiger Standortfaktor ist heute die Willkommenskultur, zumal zum Gewinnen von Fachkräften. Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für Unternehmen in Deutschland.

Interesse an Nachhaltigkeit und Klimaschutz aufgreifen

Nachhaltigkeit und Klimaschutz sollten als aktuelle Anknüpfungspunkte für eine wirtschaftliche Bildung entlang der Interessen junger Menschen genutzt werden. Diese Ziele gelingen nur und erst mit der Wirtschaft: Es gilt, die marktwirtschaftlichen Mechanismen bewusst für die Nachhaltigkeitsziele zu nutzen. Nachhaltigkeit, wohl verstanden, umfasst die ökologische, ökonomische und soziale Dimension, erst mit allen Dimensionen wird Nachhaltigkeit wirklich erreicht. Auch dies sollte in einer systematischen und fundierten Ökonomischen Bildung deutlich werden.

Ansprechpartner:

BDA | DIE ARBEITGEBER
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Abteilung Bildung
T +49 30 2033-1500
bildung@arbeitgeber.de

Die BDA organisiert als Spitzenverband die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft. Wir bündeln die Interessen von einer Million Betrieben mit rund 30,5 Millionen Beschäftigten. Diese Betriebe sind der BDA durch freiwillige Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden verbunden.